



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

zunächst einmal wünsche ich Ihnen ein glückliches und gesundes Neues Jahr 2016!
In meinem aktuellen Newsletter erhalten Sie wieder einen kleinen Einblick in die
besprochenen Themen aus dem Dezember im Niedersächsischen Landtag.

Herzlichst, Ihre

Rot-grüner Haushaltsplan 2016: plan- und ideenlos CDU-Änderungsvorschläge in Höhe von 500 Mio. Euro

Für das neue Jahr hat die CDU-Landtagsfraktion einen Haushaltsplan mit
Änderungsvorschlägen in Höhe von 500 Millionen Euro vorgelegt.

Das von Rot-Grün vorgelegte Papier besticht durch Plan- und Ideenlosigkeit. So
sollen die Kommunen bei der finanziellen Bewältigung der Flüchtlingskrise weiterhin
in Vorleistung gehen, eine Erstattung seitens des Landes erfolgt erst nach
zweieinhalb Jahren – dies ist eine Kommunalfeindlichkeit sondergleichen! Die
Christdemokraten fordern, dass die Kostenerstattung um ein Jahr vorgezogen
werden soll.

Um den wirtschaftlichen Anschluss nicht zu verpassen, müssen in Niedersachsen
dringend Investitionen getätigt werden, der rot-grüne Haushaltsplan sieht jedoch
beispiellos niedrige Investitionen im Bereich von 1,4 Milliarden Euro vor. Vor allem im
Wohnungs- und Landstraßenbau, bei den Krankenhäusern sowie der
Wirtschaftsförderung muss dringend investiert werden, um wettbewerbsfähig zu
bleiben, so die CDU-Fraktion. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes
Niedersachsen ist ein Kernanliegen der Christdemokraten.

Wie bereits schon häufig angemahnt, müssen auch die Polizeianwärterstellen
dringend erhöht werden, um die öffentliche Sicherheit, vor allem während der
derzeitigen Terrorgefahr, zu gewährleisten. SPD und Grüne wollen gerade einmal
150 Stellen in diesem Bereich schaffen.

Trotz der umfassenden Investitionen, hat die CDU natürlich eine Absenkung der
Neuverschuldung nicht aus dem Blick verloren. Laut Fraktionsvize Reinhold Hilbers
kann die Neuverschuldung sogar um 260 Millionen Euro gesenkt werden!

Die wichtigsten Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion finden Sie in der folgenden
Tabelle übersichtlich und detailliert aufgeführt:

Neues aus Hannover!



Ausgabe 14 | Dezember 2015
Seite
2 von 5

Flüchtlingskrise – Kommunen entlasten	Wirtschaft
<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung unterstützen: + 57 Mio. Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Selbstbedienung des Landes aus Geld, das den Kommunen zusteht - Entflechtungsmittel für kommunalen Straßenbau und ÖPNV bleiben bei den Kommunen: + 15 Millionen Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt: + 4 Millionen Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Mittel für den Landestraßenbau: + 10 Millionen Euro
Innere Sicherheit und Justiz	<ul style="list-style-type: none"> • Stärk. d. landeseigenen Hafengesellschaft NPorts: + 10 Mio. Euro
<ul style="list-style-type: none"> • 250 zusätzliche Polizeianwärter in 2016 – 1000 zus. Polizisten bis 2019: + 4,6 Millionen Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Luft- und Raumfahrt: + 5 Millionen Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung d. Polizei von Verwaltungsaufgaben - 200 zus. Kräfte für Polizeiverwaltung: + 3,6 Millionen Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse für innovativen Schiffbau: + 2,9 Millionen Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung d. Verfassungsschutzes durch 25 zus. Vollzeitstellen: + 1,25 Millionen Euro 	Schule
Gesundheit und Soziales	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderunterricht f. Flüchtlingskinder in Schulen: + 9 Mio. Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung der sozialen Wohnraumförderung: + 10 Mio Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der schulischen Sozialarbeit: + 9,5 Millionen Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Landeseigenes Städtebauförderungsprogramm, von dem vor allem die von Militärkonversion betroffenen Kommunen profitieren sollen: + 5 Millionen Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderung f. Kinder aus Flüchtlingsfamilien im vorschulischen Bereich: + 6,5 Millionen Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Krankenhausinvestitionsmittel: + 20 Mio. Euro 	Wissenschaft und Kultur
Landwirtschaft und Verbraucherschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Sonderprogramm „Sprachförderung für Asylsuchende“: + 10 Mio. Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Zuschuss an die Landwirtschaftskammer Niedersachsen: + 6,4 Millionen Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung d. Investitionsprogramms f. kleine Museen: + 1 Mio Euro
<ul style="list-style-type: none"> • Verzicht auf die von Rot-Grün eingeführten Gebühren für anlasslose Routinekontrollen im Lebens- und Futtermittelbereich: - 3.5 Millionen Euro 	Umwelt und Naturschutz
<ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaftliche Familienberatungen und Sorgentelefone: + 40.000 Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Naturschutzförderung aus EU-Mitteln – Umschichtung der
	<ul style="list-style-type: none"> Mittel zugunsten des Vertragsnaturschutzes von Grünland und Äckern: + 4,2 Millionen Euro
	<ul style="list-style-type: none"> • Wolfsmanagement – Einführung einer Beweislastumkehr um den Aufwand für die Schäfer sowie d. entstehenden Bürokratiekosten bei Entschädigungszahlungen f. Wolfsrisse zu reduzieren: + 57.000 Euro



Inklusion auf vier Pfoten CDU fordert Zugang von Assistenzhunden in öffentliche Bereiche

Für viele Menschen mit Behinderungen ist ihr wichtigstes Hilfsmittel ein Lebewesen auf vier Pfoten. Die sogenannten Assistenzhunde erleichtern ihnen das ohnehin schwierige Leben. Sie führen sehbehinderte Menschen, warnen Diabetiker vor einer drohenden Über- oder Unterzuckerung, heben Gegenstände vom Boden auf. Leider wird diesen Tieren häufig der Zutritt zu öffentlichen Bereich und Einrichtungen untersagt und der Hundehalter ist in diesem Moment ganz auf sich allein gestellt. Die CDU-Landtagsfraktion fordert in ihrem Entschließungsantrag „Gleichbehandlung aller von Assistenzhunden unterstützten Menschen mit Behinderungen schaffen“, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Assistenzhunden den Zutritt zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen.

Da die Ausbildung dieser Tiere äußerst aufwendig ist und sie auf die Bedürfnisse des entsprechenden Menschen trainiert werden, ist die Anschaffung – die in den meisten Fällen privat finanziert werden muss - mit mehreren tausend Euro sehr kostenintensiv. Deshalb fordert die CDU weiter eine gesetzlich geregelte Kostenübernahme. Eine Anerkennung der Assistenzhunde als Hilfsmittel und die damit verbundene Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis kann an dieser Stelle schon für Klarheit sorgen. Da Blindenhunde seit 2013 als Hilfsmittel anerkannt werden, wäre die geforderte Einstufung ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung.

Die Unterstützung des Landtages ist der CDU zu diesem Thema bereits sicher.

CDU legt Entwurf für niedersächsisches Integrationsgesetz vor

Alleine Niedersachsen hat im vergangenen Jahr mehr als 100.000 Flüchtlinge aufgenommen. Nach Angaben des Innenministers werden es 2016 noch einmal genau so viele sein. Während derzeit das dringendste Problem in der Unterbringung besteht, muss sich jedoch auch schnellstmöglich die Frage der Integration der Menschen gestellt werden. Für die CDU-Fraktion steht fest: „Eine erfolgreiche Integration kann nur nach dem Prinzip Fördern und Fordern funktionieren.“ Der CDU-Entwurf für ein niedersächsisches Integrationsgesetz sieht deshalb vor, die Durchführung und Organisation der vom Bund angebotenen Integrationskurse zu optimieren und durch begleitende Angebote sinnvoll zu ergänzen. Geplant ist die Einrichtung von Integrationszentren durch das Land, in denen sogenannte „Netzwerke Integration“ entstehen sollen. Diese setzen sich aus Akteuren wie Verwaltung, Jobcenter, Bildungseinrichtungen oder Arbeitgeberverbänden zusammen. Neben Sprache, Kultur, Werten und Normen sollen in diesen Zentren auch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten und konkrete Kontakte zu Betrieben hergestellt werden.



Der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler betont: „Es ist wichtig, gegenüber den zu uns kommenden Ausländern von Anfang an klare Erwartungen im Hinblick auf eine aktive Bereitschaft zur Integration zu formulieren.“

++++ Das Dezember-Plenum – Infos kurz und konkret +++++

Da der deutsche Wald nicht nur Wirtschaftsraum ist, sondern auch immer mehr zum Ausflugsziel, Sportgebiet und Erholungsort und natürlich als schützenswerter Raum für Tiere und Pflanzen wahrgenommen wird, hat sich die CDU-Landtagsfraktion mit 130 Waldbesitzern und Experten getroffen, um eine zeitgemäße Forstwirtschaft zu diskutieren. Herausgekommen ist ein „**Eckpunktepapier-Forst**“, welches nun im Rahmen verschiedener parlamentarischer Initiativen umgesetzt werden soll. Eines der wichtigsten Erkenntnisse des Expertentreffens war, dass sich Forstwirtschaft und Umweltschutz nicht unbedingt ausschließen müssen. **Durch die Forstwirtschaft verringert sich nachweislich der Ausstoß von Kohlendioxid** gegenüber Flächen, die für den Naturschutz stillgelegt worden sind. Grund ist, dass Bäume in der Wachstumsphase CO₂ speichern. Verrottet der Baum, wird dieses Treibhausgas wieder freigesetzt. Wird ein Baum gefällt und weiterverarbeitet, bleibt das Kohlendioxid gebunden.

Handwerk und Mittelstand sind mit 80.000 Betrieben ein wichtiger Motor der niedersächsischen Wirtschaft. Doch schafft es die rot-grüne Regierung auch hier, mit immer mehr Einschränkungen, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe zu gefährden. Anträge der CDU-Fraktion, zur Unterstützung der niedersächsischen Wirtschaft und zum **Abbau der bürokratischen Hemmnisse scheiterten an SPD und Grünen**. Nun ist seitens der Landesregierung auch noch die Einführung einer flächendeckenden Tourismusabgabe geplant, die sogar Betriebe zu zahlen haben, die überhaupt nicht vom Tourismus profitieren. Diese Pläne müssen dringend gestoppt werden, um eine weitere finanzielle Belastung der Unternehmen zu verhindern.

Im November wurde eine kleine **Novelle des niedersächsischen Mediengesetzes von Rot-Grün vorgestellt**. Die Folgen sind gravierend: Das Prinzip der Staatsferne – als Garant unabhängiger Medien – würde verwässert werden. Das Gremium ist nach dem Geschmack der Grünen besetzt: u.a. soll der Deutsche Familienverband komplett aus dem Gremium geworfen werden, zugunsten des Verbandes der Lesben und Schwulen. „Damit würde eine repräsentative Vertretung der Mehrheitsgesellschaft zugunsten einer Minderheit aufgegeben“, so der parlamentarische Geschäftsführer Jens Nacke. Die Christdemokraten fordern, diese **ideologisch motivierten Eingriffe in die Unabhängigkeit der niedersächsischen Medienlandschaft** dringend zu korrigieren.

Neues aus Hannover!



Ausgabe 14 | Dezember 2015
Seite
5 von 5

Impressum:

Gabriela Kohlenberg (MdL)
Marienstraße 7
31832 Springe

Verantwortlich:
Gabriela Kohlenberg (MdL)
Redaktion: Carina Holzbrecher